

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-Dozent\*innen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit der für die Dozent\*innen der Berliner Volkshochschulen (VHS) zuständigen Gewerkschaft eine Rahmenvereinbarung zur tarifvertragsähnlichen sozialen Absicherung auf Landesebene abzuschließen. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit es möglich ist, die Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder einzuholen und einen eigenen Tarifvertrag mit der zuständigen Gewerkschaft zu verhandeln.

Überdies ist zu prüfen, welche Verbesserungen für die soziale Sicherheit von VHS-Dozent\*innen im Rahmen der Ausführungsvorschrift Honorare VHS möglich sind.

Der Senat wird ferner aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Festlegung der Entgelte nach bildungspolitischen Kriterien und unter Berücksichtigung der Zielgruppen für die jeweiligen Kurse erfolgen kann und insoweit die bestehende Koppelung von VHS-Honoraren (bzw. Erhöhungen) und Entgelten künftig differenziert erfolgen kann, ohne den Haushalt des Landes Berlin und der Bezirke zu belasten.

Darüber hinaus sind innerhalb von zwei Jahren die Angebots- sowie die Nutzer\*innenstruktur zu evaluieren.

Zudem soll geprüft werden, wie das Personalvertretungsgesetz mit dem Ziel geändert werden kann, künftig auch arbeitnehmerähnlich Beschäftigte wie die VHS-Dozent\*innen im Sinne des Tarifvertragsgesetzes zu den unter das Landespersonalvertretungsgesetz fallenden Beschäftigtenkreis zu zählen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zu berichten bis zum 31. Mai 2020.

### ***Begründung***

Arbeitnehmerähnliche Volkshochschul-Dozent\*innen leisten einen hohen Anteil des Berliner VHS-Unterrichts.

Sie arbeiten im Vergleich zu einem festen Arbeitsverhältnis mit geringen sozialen Absicherungen. Für andere Berufsgruppen wurden bereits Möglichkeiten entwickelt für den Umgang mit sogenannten „festen Freien“, wie zum Beispiel im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ziel ist eine tarifvertragliche Lösung für die arbeitnehmerähnlichen Dozent\*innen. Gegenstand dieser Lösung sollten insbesondere sein: ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung insbesondere nach Elternzeit, Pflegezeit und Krankheit; Anspruch auf Erhaltung des Unterrichtsvolumens, ansonsten Regelung der Ausgleichszahlungen; Aufstockung des Krankengeldes von 80 % auf 100 %. Bis dahin ist zu prüfen, wie die geltenden Vorschriften sozialer ausgestaltet werden können. Die aktuelle Ausführungsvorschrift Honorare der VHS dient schon aktuell bundesweit als Vorbild für die Gestaltung der Honorarverträge.

Die Finanzierung einer Erhöhung der Honorare sollte nicht einheitlich in der Abhängigkeit von Teilnehmer\*innen-Beiträgen erfolgen. Die Höhe der Entgelte an VHS sollte differenziert für jeweilige Kurse nach bildungspolitischen Kriterien unter Berücksichtigung der Zielgruppen festgelegt werden.

Berlin, den 25. Februar 2020

Saleh            Dr. Lasić  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Blum            Wolf            Kittler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek           Gebel           Remlinger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen